

Mainzer Erklärung

Wachstum „Made in Germany“

Deutschland ist eine starke Volkswirtschaft, die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt. „Made in Germany“ ist weltweit gefragt. Deutsche Produkte stehen für erstklassige Qualität und Zuverlässigkeit. Das ist der Erfolg unserer Unternehmen und Betriebe mit Millionen von fleißigen Beschäftigten. Gemeinsam erwirtschaften sie den Wohlstand, von dem wir alle leben. Mittelstand und Familienunternehmen, Hidden Champions und Handwerk, Selbständige und freie Berufe, innovative Gründer und weltweit erfolgreiche Industrie- und Dienstleistungsunternehmen – darauf können wir setzen, auch in schwieriger Zeit.

Alle Daten zeigen: Unserer Volkswirtschaft geht es nicht gut. Sie leidet schon länger – nicht an einer konjunkturellen Krise, sondern an einer strukturellen Schwäche, die Wachstum bremst und die Wettbewerbsfähigkeit gefährdet. Die deutsche Wirtschaft ist längst nicht mehr Technologieführer in allen für unseren Wohlstand zentralen Sektoren. Das dritte Jahr in Folge drohen Stagnation und Rezession. Die Probleme sind bekannt: hohe Steuern und immer weiter steigende Sozialabgaben, fehlende Fach- und Arbeitskräfte, überbordende Bürokratie und Regulierung, nicht wettbewerbsfähige Energiekosten. Hinzu kommt eine öffentliche Verwaltung, die ein Update braucht. Vor diesem Hintergrund müssen wir uns ehrlich machen: Es braucht eine politische Kraftanstrengung, um diese Probleme zu meistern und Deutschland wieder auf Wachstumskurs zu bringen. Wir müssen die Bedingungen für unseren Standort verbessern. Wir müssen in die Zukunft investieren. Aus Wirtschaft muss wieder Wachstum werden – für eine starke Soziale Marktwirtschaft!

Die CDU-geführte Bundesregierung hat die Probleme erkannt und schnell gehandelt. Sie hat in den ersten acht Monaten bereits wichtige Entscheidungen getroffen: Mit dem steuerlichen Investitionssofortprogramm ist die größte Unternehmenssteuersenkung der vergangenen 15 Jahre auf den Weg gebracht worden. Bei den Energiekosten gibt es Milliarden-Entlastungen. Mit der Modernisierungs-

agenda hat der umfassende Bürokratierückbau begonnen. Auch der Staat soll rasch agiler werden. Das Bürgergeld ist Vergangenheit – damit kehren wir zum richtigen Prinzip von Fördern und Fordern zurück. Mit der Aktivrente eröffnen sich neue Möglichkeiten für freiwilliges Arbeiten über das gesetzliche Renteneintrittsalter hinaus. Die Botschaft: Leistung lohnt sich wieder!

Das sind wichtige Entscheidungen gewesen. Und es sind unsere Kernforderungen, die von der CDU-geführten Bundesregierung umgesetzt werden. Sie bringen unser Land und unsere Wirtschaft auf den Weg der Besserung. Aber das kann nur ein Anfang sein. Denn die Wirtschaft ist noch immer nicht so leistungsfähig, wie sie es sein könnte. Wir wissen: Wenn wir unseren Wohlstand bewahren wollen, wenn wir ein führendes Industrieland bleiben wollen, dann müssen wir diesen Weg in diesem Jahr konsequent weitergehen. Es muss mehr denn je gelten: Vorrang hat alles, was Wachstum schafft und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft stärkt. Unser Ziel ist es, das Potenzialwachstum wieder auf deutlich über ein Prozent zu erhöhen.

Für die CDU ist klar: Wirtschaftswachstum ist die Grundlage für alles – für Freiheit und Frieden, für innere, äußere und soziale Sicherheit, für Zusammenhalt, für Klimaschutz, für Stabilität und Zuversicht. Es gibt keinen Grund, den Wirtschaftsstandort abzuschreiben. Aber es gibt viele Gründe, an ihn und seine Zukunft zu glauben. Wenn wir an die deutsche Wirtschaft glauben, an die Industrie, den Mittelstand, die Familienunternehmen, das Handwerk und die Beschäftigten, dann glauben wir an uns. An unser Land.

Wachstum „Made in Germany“ – mit niedrigeren Steuern für Unternehmen und Betriebe!

Deutschland muss wieder zu einem attraktiven Standort für Investitionen und Innovationen werden. Dazu muss vor allem die im internationalen Vergleich hohe Steuerbelastung für Unternehmen reduziert werden. Denn Weltspitze bei der

Steuerbelastung und Weltspitze bei der Wettbewerbsfähigkeit passen auf Dauer nicht zusammen.

Die CDU-geführte Bundesregierung hat als eine der ersten Handlungen ein **steuerliches Investitionssofortprogramm** beschlossen:

- Für Investitionen, die ab dem 1. Juli 2025 und vor dem 1. Januar 2028 getätigt werden, gilt eine **degressive Abschreibung** von bis zu 30 Prozent.
- Ab 2028 sinkt der **Körperschaftsteuersatz** in fünf Jahresschritten von 15 auf 10 Prozent.
- Parallel sinkt auch der **Thesaurierungssteuersatz** für die im Unternehmen erhaltenen Gewinne schrittweise auf 25 Prozent.
- Zudem ist die **Agrardieselrückvergütung** wieder vollständig eingeführt. So entlasten wir unsere landwirtschaftlichen Betriebe. Und auch die Gastronomie wird mit der **reduzierten Umsatzsteuer auf Speisen** entlastet.

Unser Ziel ist, **Unternehmen weitergehend zu entlasten**:

- Sofern es die Haushaltssituation von Bund und Ländern zulässt, wollen wir die beschlossene stufenweise Reduzierung der **Körperschaftsteuer** vorziehen.
- Wir wollen die **Gewerbsteuer** vereinfachen, indem wir Hinzurechnungen und Kürzungen abbauen und die Bemessungsgrundlagen der Gewerbesteuer und der Einkommen- und Körperschaftsteuer vereinheitlichen. Zudem wollen wir, dass zukünftig das für den Unternehmenssitz zuständige Finanzamt das gesamte Verfahren abwickelt und die Steuereinnahmen aufkommensneutral, transparent und rechtssicher den Standortkommunen zuweist. Hebesatzrecht und Ertragshoheit der Kommunen bleiben unberührt.
- Die letzte Erhöhung der **Luftverkehrssteuer** wird wieder zurückgenommen. Damit wird Fliegen wieder günstiger und der Luftverkehrsstandort Deutschland gestärkt.
- Wir wollen das Unternehmenssteuerrecht vereinfachen. Wir setzen uns bspw. dafür ein, **Gold-Plating von EU-Vorgaben** in diesem Bereich zurückzuführen.
- Die CDU-geführte Bundesregierung muss schnellstmöglich ihren Prüfauftrag umsetzen, ob und wie ab 2027 die **gewerblichen Einkünfte neu gegründeter**

87 **Unternehmen** unabhängig von ihrer Rechtsform in den Geltungsbereich der
88 Körperschaftsteuer fallen können.

89 **Wachstum „Made in Germany“ – mit besseren Anreizen für Leistung und Arbeits-**
90 **aufnahme!**

91 Deutschland muss wieder zu einem attraktiven Arbeitsort für inländische und
92 ausländische Fachkräfte werden. Den Wettbewerb um die klügsten Köpfe der
93 Welt gewinnen wir nur, wenn sich Leistung mehr als bisher auszahlt. Wir wollen
94 daher diejenigen entlasten, die jeden Tag Leistung erbringen und so den Laden
95 am Laufen halten. Und wir wollen Anreize setzen, damit sich das Arbeiten lohnt.

96 Dazu hat die CDU-geführte Bundesregierung bereits einige Maßnahmen umge-
97 setzt:

- 98 • Seit 1. Januar 2026 gibt es die **Aktivrente**. Wer das gesetzliche Rentenalter er-
99 reicht und freiwillig sozialversicherungspflichtig arbeitet, erhält sein Gehalt
100 bis zu 2.000 Euro im Monat steuerfrei – zusätzlich zum Grundfreibetrag.
- 101 • Die **Entfernungspauschale** wurde auf 38 Cent ab dem ersten Kilometer erhöht.
102 So stärken wir Pendlerinnen und Pendler und damit vor allem unsere Leis-
103 tungsträger im ländlichen Raum.
- 104 • Die **Ehrenamts- und die Übungsleiterpauschale** wurden deutlich erhöht. Damit
105 stärken wir alle, die ehrenamtlich tätig sind.
- 106 • Die Landwirte bekommen mehr Unterstützung: Ab 2026 dürfen ausländische
107 **Erntehelfer** 90 statt 70 Tage sozialversicherungsfrei in Deutschland arbeiten.

108 Unser Ziel ist, **weitere Entlastungen und Arbeitsanreize** umzusetzen:

- 109 • Wir wollen die **Einkommensteuer für kleine und mittlere Einkommen zur Mitte**
110 **der Legislaturperiode** senken.
- 111 • Wir wollen **Überstundenzuschläge** steuerfrei stellen.
- 112 • Die **Neue Grundsicherung** für Arbeitsuchende ersetzt das Bürgergeld. Damit
113 gilt wieder das richtige Prinzip von Fördern und Fordern. Wer seinen Mitwir-
114 kungspflichten bei der Jobsuche nicht nachkommt, muss mit Konsequenzen

bis zur vollständigen Streichung der Leistungen rechnen. Die Bekämpfung des Sozialstaatsmissbrauchs wird intensiviert. Es gilt klarzustellen, wer aus dem EU-Ausland tatsächlich als Arbeitnehmer gilt.

- Wir wollen die **Hinzuverdienstregeln für Grundsicherungsempfänger** verbessern, damit sich die Arbeitsaufnahme noch mehr lohnt.
- Mit der **Work-and-Stay-Agentur zur Fachkräfteeinwanderung** wollen wir die Anwerbung von Fachkräften vereinfachen.
- Unser Ziel bleibt weiterhin, den **Solidaritätszuschlag** vollständig abzuschaffen.

Wachstum „Made in Germany“ – mit niedrigeren Lohnzusatzkosten und mehr Flexibilität im Arbeitsmarkt!

Was für Steuern gilt, gilt umso mehr für Sozialversicherungsbeiträge. Weltspitze bei den Arbeitskosten und Weltspitze bei der Wettbewerbsfähigkeit passen auf Dauer nicht zusammen. Die Lohnzusatzkosten müssen daher auf ein wettbewerbsfähiges Niveau reduziert werden. Und wir brauchen mehr Flexibilität im Arbeitsmarkt. So wird Deutschland für Fachkräfte und Unternehmen attraktiver.

Die CDU-geführte Bundesregierung hat bereits **Kommissionen** eingesetzt, um die Sozialversicherungen zukunftsfest zu machen:

- Die Rentenkommission ist eingesetzt und erarbeitet bis Ende des ersten Halbjahres 2026 Vorschläge für Reformen in der **Alterssicherung**.
- Die Finanzkommission erarbeitet bereits bis Ende März 2026 erste Vorschläge zur Stabilisierung der Beiträge zur **Gesetzlichen Krankenversicherung**. Bis Ende 2026 soll sie ihren Abschlussbericht vorlegen.
- Eine Bund-Länder-Kommission hat bereits Vorschläge für Reformen in der **Sozialen Pflegeversicherung** vorgelegt.

Unser Ziel ist, **Reformen der Sozialversicherungen schnellstmöglich** umzusetzen und mehr Dynamik am Arbeitsmarkt zu entfesseln:

- Oberstes Ziel der Kommissionen muss es sein, Vorschläge auszuarbeiten, wie die **Sozialversicherungsbeiträge stabilisiert werden können**.

- Die **Rentenkommission** soll bis Ende Juni 2026 wirksame Vorschläge zur Stabilisierung des Rentensystems machen. Dabei ist für uns wichtig, dass auch Vorschläge zur Reduzierung von Anreizen zum frühen Renteneintritt vorgelegt werden.
- Die eingesetzte **Finanzkommission zur Gesetzlichen Krankenversicherung** muss ihre Arbeit noch im Jahr 2026 abschließen. Im Vordergrund sollen Effizienzgewinne auf der Ausgabenseite stehen, die alle Bereiche umfassen. Es darf keine Tabus geben.
- Es darf nicht bei Papieren bleiben. Die Politik darf die Verantwortung nicht einfach an Kommissionen delegieren. Die Ergebnisse der Kommissionen müssen in **mutigen Strukturreformen münden**, die zügig angegangen werden.
- Wir wollen das Arbeitszeitgesetz flexibilisieren: Zukünftig soll es eine **wöchentliche Höchstarbeitszeit** anstelle einer täglichen Höchstarbeitszeit geben.
- Auch wollen wir den **Kündigungsschutz für Spitzenkräfte** flexibilisieren, um die Durchlässigkeit auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen.

Wachstum „Made in Germany“ – mit sicherer und günstiger Energie!

Energie ist ein entscheidender Produktionsfaktor. Nur wenn wir eine sichere Energieversorgung mit wettbewerbsfähigen Preisen sicherstellen, wird Deutschland für Unternehmen und Investitionen attraktiv und ein Industrieland bleiben. Dabei sind wir für Technologieoffenheit bei der Erzeugung von Energie.

Die CDU-geführte Bundesregierung hat zum 1. Januar 2026 Wirtschaft und Verbraucher bei den **Energiekosten entlastet**:

- Die **Gasspeicherumlage** ist abgeschafft. Somit werden alle Verbraucher bei den Gaskosten entlastet.
- Die deutliche Reduzierung der **Netzentgelte** entlastet alle Unternehmen und privaten Haushalte.
- Die **Stromsteuer** sinkt für Unternehmen des produzierenden Gewerbes und der Land- und Forstwirtschaft auf das zulässige EU-Mindestniveau.

- Mit der **Kraftwerkstrategie** soll der Rahmen für Investitionen in moderne, hochflexible und klimafreundliche Kraftwerke geschaffen werden. Dazu muss insbesondere die beihilferechtliche Klärung mit der EU-Kommission zügig abgeschlossen werden. Neue Gaskraftwerke werden einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten. Zudem ist der Weg frei für die Speicherung von Kohlenstoff. So wird klimaneutrales und wettbewerbsfähiges Wirtschaften in Deutschland ermöglicht.

Unser Ziel sind **weitere Entlastungen bei den Energiekosten**:

- Wir wollen die Stromkosten weiter reduzieren. Dazu werden wir z.B. besser und günstiger bauen und so alle Einsparpotenziale beim **Netzausbau** nutzen.
- Um die Energieinfrastruktur schneller und günstiger auszubauen, wollen wir **Planungs- und Genehmigungsverfahren** drastisch beschleunigen.
- Zur Entlastung der energieintensiven Industrie wollen wir die **Strompreiskompensation** auf weitere Branchen ausdehnen. Sofern es beihilferechtlich möglich ist, soll die Beihilfeintensität erhöht werden.
- Für energieintensive Unternehmen vor allem im Mittelstand, die von den bisherigen Vergünstigungen nicht hinreichend profitieren, wird ein **Industriestrompreis** mit einem Zielpreis von etwa 5 ct/kWh für die geförderte Strommenge eingeführt.
- Mit dem **Energieinfrastrukturfonds** unter dem Dach des Deutschlandfonds müssen attraktive Finanzierungs- und Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen werden, um Investitionen in Energienetze, Speicher und den Ausbau der erneuerbaren Energien zu ermöglichen. Gleichmaßen müssen bei diesen Investitionen und Beteiligungen an unserer kritischen Infrastruktur höchste Qualitäts- und Sicherheitsmaßstäbe angelegt werden.
- Die **Reduzierung der Stromsteuer für alle** soll schnellstmöglich kommen. Unser Ziel ist, die von der EU vorgegebenen Mindeststeuersätze bei der Stromsteuer abzuschaffen.
- Wir wollen die letzte Novelle des Gebäudeenergiegesetzes („**Heizungsgesetz**“) abschaffen.

- Wir wollen **Erneuerbare Energie** markt- und systemdienlich fördern sowie Netze, Erneuerbare Energie und dezentrale Flexibilität synchron ausbauen.

Wachstum „Made in Germany“ – mit weniger Bürokratie und mehr Geschwindigkeit!

Ein attraktiver Wirtschaftsstandort bietet Unternehmen Chancen und legt ihnen keine Steine in den Weg. Unsere Unternehmen verdienen mehr Zutrauen anstatt Misstrauen. Damit sie in Deutschland mehr Freiräume für ihr Kerngeschäft haben, müssen wir Bürokratie deutlich reduzieren. Mehr Zeit für Investitionen und Innovationen und weniger für Papierkram muss unser Ziel sein.

Die CDU-geführte Bundesregierung hat bereits den **Bürokratierückbau** begonnen. Damit wird Bürokratie für Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger sowie Verwaltung im Umfang von mehr als 3 Milliarden Euro abgebaut, Prozesse werden schneller, flexibler und digitaler:

- Mit dem Gesetz zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung wurde der **Bau-Turbo** gezündet. Bauauflagen können von den Kommunen reduziert werden, sodass Wohnungen schneller gebaut werden können. Mit der Baugesetzbuch-Novelle werden weitere grundlegende Vereinfachungen und Beschleunigungen geschaffen.
- Der **Ausbau von Glasfaser- und Mobilfunknetzen** liegt ab sofort im überragenden öffentlichen Interesse. So wird der Netzausbau beschleunigt und Versorgungslücken werden geschlossen.
- Die Berichtspflichten im **nationalen Lieferkettengesetz** entfallen.
- **Bankenrichtlinienumsetzungs- und Bürokratieentlastungsgesetz (BRUBEG)** vereinfachen die Kreditvergabe vor allem für kleinere und mittlere Unternehmen.
- Mit der **Abschaffung der Stoffstrombilanzverordnung** werden landwirtschaftliche Betriebe entlastet.
- Mit der **Föderalen Modernisierungsagenda vom 4. Dezember 2025** wurde ein weiteres Maßnahmenpaket für Bürokratieentlastungen und einen modernen

230 Staat auf den Weg gebracht. Es soll gemeinsam mit den Ländern zügig umge-
231 setzt werden.

232 Unser Ziel ist, die **Bürokratiekosten für die Wirtschaft um 25 Prozent zu reduzie-**
233 **ren** und den Erfüllungsaufwand für Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger so-
234 wie Verwaltung um mindestens zehn Milliarden Euro zu senken:

- 235 • Wir wollen die Erforderlichkeit aller **Berichts- und Auskunftspflichten** zulasten
236 der Wirtschaft kritisch überprüfen mit dem Ziel, mindestens ein Drittel dieser
237 Pflichten abzuschaffen und so einen Beitrag zur Entlastung der Wirtschaft von
238 Bürokratiekosten zu leisten.
- 239 • Die einzelnen Maßnahmen wollen wir in mindestens einem **Bürokratierück-**
240 **baugesetz pro Jahr** bündeln.
- 241 • Wir wollen neue Gesetze mit **Praxischecks** auf Herz und Nieren prüfen. So ver-
242 meiden wir Bürokratie von vornherein.
- 243 • Wir wollen, dass alle Anträge und Behördengänge für Bürger und Unterneh-
244 men auf einer Plattform digital gebündelt werden (**One-Stop-Shop**).
- 245 • „**Once Only**“ wollen wir zur Regel machen. So sorgen wir dafür, dass Bürger und
246 Unternehmen ihre Daten gegenüber dem Staat nur einmal angeben müssen.
- 247 • Wir wollen **Vorgaben zur Energieeffizienz** auf das EU-Mindestmaß zurückfüh-
248 ren.
- 249 • Wir wollen **Genehmigungsverfahren** verkürzen und die **Möglichkeiten des Ver-**
250 **bandsklagerechts** auf EU-Mindestmaß senken und sorgen zugleich für
251 schnelle, rechtssichere Verfahren mit verbindlichen Fristen.
- 252 • Zudem wollen wir die **Bonpflicht** und **Verpflichtungen zur Bestellung von Be-**
253 **triebsbeauftragten** abschaffen.
- 254 • Wir wollen das **nationale Lieferkettengesetz** gänzlich abschaffen. Die europäi-
255 sche Richtlinie muss bürokratiearm und vollzugsfreundlich sein.
- 256 • Wir wollen ein **sofortiges Moratorium von mindestens zwei Jahren** für alle
257 neuen Statistikpflichten erlassen. Zudem wollen wir zahlreiche bestehende

Statistikpflichten aussetzen und nationale Übererfüllung von EU-Vorgaben be-
seitigen. Doppelstrukturen bei Statistikämtern müssen konsequent abgebaut
werden.

- Wir wollen alle **manuell zu erfüllenden Statistikpflichten** aussetzen, bis sie di-
gital erfüllt werden können.
- Wir wollen **unnötige Steuerbürokratie** abbauen und dabei die Ergebnisse der
BMF-Expertenkommissionen berücksichtigen.
- Wir wollen vom Instrument der **Genehmigungsfiktion** mehr Gebrauch machen
und dafür das bestehende Regel-Ausnahme-Verhältnis umkehren: Sofern
Fachrecht explizit nichts anderes regelt, soll eine Genehmigung nach Ablauf
von drei Monaten ab Einreichung der vollständigen Unterlagen als erteilt gel-
ten.
- Wir wollen die **Nutzung einfacher E-Mails** weitestgehend für den Geschäftsver-
kehr zwischen Bürger und Verwaltung zulassen, ohne dass es der bisherigen
aufwändigen Verfahren der elektronischen Form bedarf.

Wachstum „Made in Germany“ – mit einem modernen Staat!

Zu einem wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort gehören auch eine moderne
Verwaltung und ein leistungsfähiger Staat. Wir wollen einen Staat, der weniger
als Lehrmeister und mehr als Dienstleister fungiert; einen Staat, der an den rich-
tigen Stellen schlank und an den richtigen Stellen stark ist. Wir wollen den Staat
einfacher, digitaler und erfolgreicher machen. Künstliche Intelligenz machen wir
zum Produktivitätsmotor in Mittelstand und Verwaltung – für schnellere Verfah-
ren, weniger Bürokratie und bessere Services. Dazu gehört auch, den Staatskon-
sum zu reduzieren.

Die CDU-geführte Bundesregierung hat neben den bereits zuvor genannten Bü-
rokratieentlastungen, die auch die Verwaltung entlasten und effizienter machen,
weitere Maßnahmen für einen **modernen Staat** umgesetzt:

- Das neu gegründete **Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung** setzt ein klares Zeichen: Digitalisierung wird ernst genommen. Deutschland muss fit werden für die Zukunft.
- Die Anzahl der **Regierungsbeauftragten** wurde mit Regierungsantritt mehr als halbiert.
- Es wurde eine **Kommission zur Sozialstaatsreform** eingesetzt, die gemeinsam mit Ländern und Kommunen Vorschläge zur Modernisierung und Entbürokratisierung des Sozialstaats vorlegen soll.
- Mit der **internetbasierten Fahrzeugzulassung** „i-Kfz“ können Bürgerinnen und Bürger ihr Fahrzeug online an-, ab- und ummelden. Das spart den Weg zur Zulassungsstelle und die Wartezeit vor Ort. Zudem wurde der Digitale Fahrzeugschein eingeführt.

Unser Ziel ist, den **Staat in vielen wichtigen Bereichen effizienter aufzustellen**:

- Wir wollen die **Vorschläge der Kommission zur Sozialstaatsreform** schnellstens umsetzen.
- Nicht jede Aufgabe muss der Staat regeln, wir brauchen eine **umfassende Staatsinventur** noch im Jahr 2026. Wir wollen **Ausgaben des Bundes stärker priorisieren**, Ausgaben prüfen und vor allem **ineffiziente Subventionen** abbauen. Denn ohne eine Priorisierung der öffentlichen Ausgaben werden wir unsere Vorhaben nicht finanzieren können.
- Wir wollen die **Vergabe öffentlicher Aufträge** beschleunigen.

Wachstum „Made in Germany“ – mit mehr Freiräumen für neue Ideen!

Deutschland gehört zu den führenden Innovationstreibern weltweit – dank eines breiten Mittelstands mit Hidden Champions an der Spitze. Sie alle stehen für Qualität und Langlebigkeit „Made in Germany“. Allerdings haben sich die Innovationszyklen deutlich verkürzt. Deshalb brauchen wir eine Kultur, die den Gründergeist der Forscher und Unternehmer neu entzündet, anstatt ihn mit Regulierung zu ersticken. Damit Deutschland Innovationsland bleibt, müssen Forscher- und Unternehmergeist sowie Gründermut gestärkt werden.

Die CDU-geführte Bundesregierung hat zur Förderung von Gründungen und Innovationen bereits einige Maßnahmen umgesetzt:

- Die steuerliche **Forschungszulage** wurde deutlich ausgeweitet.
- Die **Hightech-Agenda Deutschland** richtet den Fokus auf die Zukunftsmärkte. Strategische Schlüsseltechnologien werden stärker gefördert.
- Der verbesserte **Zukunftsfonds** stärkt den Markt für Wagniskapital durch Investitionen in innovative Technologie-Startups in ihrer Wachstumsphase.
- Die **Vergabeverfahren** wurden vereinfacht, bspw. für Liefer- und Dienstleistungsaufträge für außeruniversitäre Forschungseinrichtungen.
- Das **Wissenschaftsfreiheitsgesetz** wird flexibilisiert, so dass künftig auch sonstige gemeinnützige Forschungseinrichtungen vom Besserstellungsverbot ausgenommen sind. Damit erhalten sie die Möglichkeit, internationale wissenschaftliche Spitzenkräfte anzuwerben und übertariflich zu vergüten.

Unser Ziel ist, die **Innovationskraft Deutschlands zu stärken**, technologische Souveränität zu erlangen und unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern:

- Wir wollen **Gründerschutzzonen** einrichten, um Gründerinnen und Gründer in der Startphase von Bürokratie zu befreien. Notarielle Prozesse bei Standardgründungen müssen digitalisiert und so vereinfacht werden, dass **Gründungen in 24 Stunden** gelingen. So machen wir mehr Lust auf Unternehmertum.
- Mit dem **Innovationsfreiheitsgesetz** wollen wir bürokratische Hürden in der Forschungsförderung umfassend abbauen und innovationsfreundlichere Strukturen schaffen. Damit soll der Verwaltungsaufwand in der Forschung deutlich reduziert und neuen Ideen mehr Freiraum gegeben werden.
- Für mehr **Ausgründungen aus Wissenschaftseinrichtungen** sollen Forscherinnen und Forscher, die ihre Dienstleistungen in ein Gründungsprojekt überführen wollen, die Nutzungsrechte an ihnen behalten. Auch Musterverträge für Kooperationen mit Startups sowie kleinen und mittleren Unternehmen erleichtern das Gründen.

- Wir wollen die **steuerliche Forschungszulage** weiter erhöhen und den Förderdeckel für mittelgroße Unternehmen ausweiten. Um das Verfahren zu vereinfachen, wollen wir Einzelfallprüfungen durch ein **Fast-Track-Verfahren** ersetzen, so dass sie nur noch stichprobenartig geprüft werden. Wir wollen zudem, dass die Prüfung der steuerlichen Absetzbarkeit von Zuwendungen für Forschung schnell erfolgt.
- Mit einem **Innovationsprivileg** wollen wir Forschungsprojekten Vorfahrt vor Belangen des Natur-, Tier- und Denkmalschutzes geben. Zudem wollen wir **Experimentierräume** schaffen, die es Forschungseinrichtungen und Unternehmen ermöglichen, bürokratiearm innovative Technologien, Produkte und Dienstleistungen zu erproben.
- Im Wissenschaftsfreiheitsgesetz wollen wir verankern, dass Forscherinnen und Forscher nicht von **Verteidigungsforschung oder Forschung mit doppeltem Verwendungszweck** ausgeschlossen werden dürfen. Wir fordern die wenigen verbliebenen Länder auf, in Hochschulgesetzen verankerte **Zivilklauseln** zu streichen. Angesichts zunehmender Bedrohungen müssen Synergien zwischen militärischer und ziviler Forschung genutzt werden können.
- Im Sinne der Technologieoffenheit wollen wir die **Kernfusion** stärker voranbringen. Wir wollen nicht nur die Forschung stärken, sondern auch den ersten Fusionsreaktor der Welt bei uns in Deutschland entstehen lassen. Es ist wichtig, dass wir technologieoffen forschen und Deutschland so langfristig alle Optionen für eine sichere, nachhaltige und kostengünstige Energieversorgung ermöglichen.
- Zugleich stärken wir **Schlüsseltechnologien** für industrielle Wertschöpfung – insbesondere Batterie-, Speicher- und Wasserstofftechnologien sowie industrielle Digitalisierung.

Wachstum „Made in Germany“ – mit starkem EU-Binnenmarkt und freiem Handel!

Europa ist unser Heimatmarkt. Für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands und Europas sind die vier Freiheiten des EU-Binnenmarkts elementar: für Arbeitnehmer, Güter, Dienstleistungen und Kapital. Der EU-Binnenmarkt muss wieder Wachstum ermöglichen, anstatt es durch Bürokratie zu behindern. Das bedeutet: Barrieren abbauen und Zusammenarbeit vertiefen. Da knapp die Hälfte aller deutschen Exporte in Nicht-EU-Staaten geht, sind gute Handelsbeziehungen mit möglichst vielen Staaten weltweit für uns besonders wichtig. Eine regelbasierte und strategisch ausgerichtete Handelspolitik stärkt somit nicht nur die wirtschaftliche Resilienz Deutschlands und Europas; sie kann zudem Abhängigkeit reduzieren und eröffnet unseren Unternehmen neue Chancen auf neuen Märkten.

Die CDU-geführte Bundesregierung hat hierzu bereits einige Maßnahmen auf den Weg gebracht:

- Es wurde eine **deutliche Abschwächung der Nachhaltigkeitsberichterstattung und der Lieferkettenrichtlinie im Omnibus-I-Paket** erzielt.
- Auf Drängen des Bundeskanzlers wurde das **Omnibus-Paket zu den Digital- und Datengesetzen** von der EU-Kommission auf den Weg gebracht. Es soll Belastungen für die Wirtschaft abbauen.
- **Wirtschaftspartnerschaftsabkommen** mit Elfenbeinküste, Ghana, den Staaten der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrikas und Zentralafrika sowie Investitionsschutzabkommen mit Vietnam und Singapur wurden ratifiziert.
- Zudem wurde das **fortgeschrittene Rahmenabkommen der EU mit Chile** ratifiziert.
- Das **Verbrenner-Verbot** soll abgeschafft werden. Die CDU-geführte Bundesregierung setzt sich bei der Europäischen Kommission dafür ein, dass auch nach 2035 hocheffiziente Verbrenner-Motoren verkauft werden können. Auch bei der Flottenregulierung soll es eine Kurskorrektur geben. Quoten bei der Flot-

tenregulierung lehnen wir ab. Das sind wichtige Signale für die Automobilindustrie, die vielen Zulieferbetriebe und ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Unser Ziel ist, die **Wachstumskraft des europäischen Binnenmarkts und des Freihandels** besser auszuschöpfen:

- Wir wollen die bestehende Regulierung aus Brüssel massiv zurückbauen und künftige Überregulierung verhindern. Dazu braucht es einen **sofortigen und weitgehenden Stopp für neue und laufende EU-Initiativen**, die zu Belastungen europäischer Unternehmen führen.
- Mit einem „**Anti-Gold-Plating-Gesetz**“ wollen wir Regelungen zurücknehmen, die über europäisches Recht hinausgehen. Wir wollen eine starke Bürokratiebremse („**One in, two out**“) in Europa durchsetzen. Bestehende Berichtspflichten werden spürbar reduziert und an wenigen, klaren Kernnachweisen ausgerichtet.
- Wir wollen die **Freihandelsabkommen mit MERCOSUR, Indien, Malaysia, Indonesien, Thailand, Australien sowie den Vereinigten Arabischen Emiraten** endlich abschließen und transatlantische Handelsbeziehungen stärken. Neue Freihandelsabkommen sollten nicht mit sachfremden Themen wie Umwelt- und Sozialstandards überfrachtet und verstärkt als „EU only“-Abkommen verabschiedet werden.
- Wir wollen mit den EU-Partnern gemeinsam weltweit **strategische Rohstoffpartnerschaften** eingehen, um die Resilienz unserer Wirtschaft zu stärken.
- Wir wollen die EU als **Energieunion** mit Fokus auf Entwicklung und Genehmigung gemeinsamer, grenzüberschreitender Energienetze stärken. Hierbei soll es neben einer stärkeren Vernetzung nationaler Energiemärkte um den Hochlauf von Wasserstoff und weiteren Molekülen sowie die Erschließung von Energiepartnerschaften mit Drittländern gehen.
- Wir setzen uns für einen **souveränen europäischen digitalen Binnenmarkt** mit einheitlichen Regeln für Unternehmen ein.

- Wir unterstützen den Vorschlag der EU-Kommission, ein sogenanntes **28. Regime im Unternehmensrecht** einzuführen, damit insbesondere innovative Unternehmen von den Potenzialen des europäischen Binnenmarkts stärker profitieren. Sie brauchen Entlastungen von Verpflichtungen im Steuer-, Arbeits- und Insolvenzrecht.
- Wir wollen die **Kapitalmarktunion** weiterentwickeln. Dazu unterstützen wir vor allem die Verbesserung des Verbriefungsmarktes, die Harmonisierung der Kapitalmarktaufsicht und die Schaffung einer Europäischen Kapitalmarktinfrastruktur.
- Wir wollen einen **EU-Binnenmarkt für Verteidigungsgüter** mit gemeinsamen Exportregeln. Es gilt, das sicherheitspolitisch zwingend Notwendige auch als einen wirtschaftlichen Impuls für Europa und Deutschland zu nutzen.

Wachstum „Made in Germany“: Es macht einen Unterschied, wenn die CDU reagiert!

Wer auf die wirtschaftliche Lage schaut, in der sich unser Land befindet, erkennt: Der politische Handlungsdruck ist enorm. Es braucht weitere Reformen für mehr Innovationen und Investitionen, damit unsere Wirtschaft wieder stärker wächst, ihre Wettbewerbsfähigkeit zurückgewinnt und Arbeitsplätze entstehen.

Unsere Gestaltungskraft in der Welt steht und fällt mit der wirtschaftlichen Stärke Deutschlands. Wir können unsere Interessen nur mit ihr glaubwürdig und erfolgreich vertreten. Und diese Fähigkeit ist angesichts der Verschiebung der Machtzentren auf der Welt, die wir gerade erleben, wichtiger denn je. Mit den Reformen wollen wir die Basis für den wirtschaftlichen Aufschwung schaffen. Wir wollen die Soziale Marktwirtschaft zukunftsfest machen. Wir wollen Leistungsgerechtigkeit, innovative Ideen, unternehmerisches Risiko und soziale Absicherung noch besser miteinander verknüpfen. Ja, der Handlungsdruck ist groß – wir müssen handeln, um unseren Wohlstand und unser Gesellschaftsmodell zu bewahren.

454 Wir wollen, dass 2026 ein Aufschwungs- und Wachstumsjahr wird, dem weitere
455 erfolgreiche Jahre folgen. Es liegt noch ein langer Weg vor uns. Aber wenn wir alle
456 mit Mut und Zuversicht die Aufgaben angehen, die uns gestellt werden, werden
457 wir dauerhaft wirtschaftliche Erfolge feiern können. Unser Land muss sehen: Es
458 macht einen Unterschied, wenn die CDU regiert.

ENTWURF
Table Briefings